



Berliner Polizeihistoriker

aktuell informativ historisch
Informationen für Mitglieder und Freunde des
Förderkreises Polizeihistorische Sammlung Berlin e.V.

BERLINER POLIZEIGEBÄUDE



*Ehemalige VP-Inspektion Berlin-Marzahn,
heute Polizeidirektion 3 (Ost), Poelchaustraße
Foto: Polizei Berlin*

Nr. 76
Juni 2022

Liebe Mitglieder und Freunde des Förderkreises Polizeihistorische Sammlung Berlin e. V.,

wieder liegt eine Ausgabe des „Historikers“ auf dem Tisch. Eine Ausgabe die interessantes Wissen, Hintergründe und persönliche Erfahrungen aus der jüngsten und längeren Vergangenheit darlegt.

Wie schon berichtet, ist dies nur möglich, weil einige wenige Mitglieder des Förderkreises recherchieren und das Wissen niederschreiben. Dafür möchte ich wiederholt meinen Dank aussprechen. Am vergangenen Donnerstag, dem 19. Mai 2022, haben wir unsere diesjährige Mitgliederversammlung in den Räumen der Sammlung am Platz der Luftbrücke durchgeführt.

Ein Schwerpunkt bildete das Thema „Zukunft der Polizeihistorischen Sammlung“ – „Bewahren oder Gestalten“.

Selbstverständlich ist es das Ziel des Förderkreises, dass die PhS erhalten bleibt und wir mit personellen und finanziellen Mitteln dies gezielt unterstützen. Jedoch müssen auch wir feststellen, dass der Zustand der Räumlichkeiten am Platz

der Luftbrücke, aus unterschiedlichsten Gründen, verbessert werden muss. Insbesondere die Archivräume entsprechen nicht dem Standard, der gewährleisten kann, dass die wertvollen geschichtlichen Dokumente und Objekte dauerhaft erhalten bleiben. Die Räume des technischen Teils der PhS in der Gallwitzallee platzen aus allen Nähten und ermöglichen aufgrund der Enge keine optimalen Besuchungsmöglichkeiten.

All' dies ist seit Jahren bekannt. Die Verantwortlichen in der Polizei kennen grundsätzlich das Problem. Wir haben in den letzten Wochen mit unterschiedlichsten Verantwortungsträgern gesprochen und gebeten, aktiv zu werden.

In der Mitgliederversammlung hat Christian Klann, als zuständiger Fachbereichsleiter, in Abstimmung mit der Leiterin der PA, Frau Ltd KD'in Knapp, berichtet, dass es ein Ziel der Polizeiakademie ist, die PhS zeitgemäß neu zu gestalten. Sie



Christian Klann bei seiner Rede.

Foto: Bernd Maaß

soll mit ihrem musealen Bestandteil ein dauerhafter Lernort der Aus- und Fortbildung werden. Dazu gehört es, neue Räumlichkeiten zu erschließen sowie Dokumente und Objekte dauerhaft zu verwahren. Die Vision ist letztendlich, die Sammlung an einem Standort zusammenzuführen, um das Niveau zu erreichen, welches andere Bundesländer inzwischen aufweisen.

Bernd Maaß hat dargelegt, dass wir noch vor ein paar Jahren anderen ein Vorbild waren und ihnen mit unseren Erfahrungen helfen konnten.

Leider haben uns die Polizeihistoriker anderer Standorte den Rang abgelaufen, weil dort eine bessere Unterstützung für deren haupt- und ehrenamtliche Tätigkeit erkennbar ist. Das muss bei uns auch so werden!

Die Mitgliedersituation im Förderkreis verändert sich zudem negativ. Aufgrund von Todesfällen, die wegen der Altersstruktur unseres Vereins zu erwarten sind, haben wir leider mehr „Abgänge“ als „Zugänge“ zu verzeichnen. Ich möchte euch daher bitten, soweit möglich, neue Mitglieder zu werben!

Wir werden auch prüfen, welche Mittel zur Werbung noch geschaffen werden können.

Bitte vormerken: Am 18.09.2022 findet der erste Tag der offenen Tür der Berliner Polizei nach Corona statt. Wir sind als Förderkreis dort wie immer mit einem Stand vertreten und freuen uns auf Euren Besuch!

Euer
Uwe Hundt

Mitgliederversammlung 2022



Blick in den Saal bei der Versammlung. Foto: Bernd Maaß

Die Mitgliederversammlung des Förderkreises Polizeihistorische Sammlung Berlin e. V. wurde am 19.05.2022 in den Räumlichkeiten der Sammlung am Platz der Luftbrücke durchgeführt. Neben den fünf Vorstandsmitgliedern Uwe Hundt, Bernd Maaß, Andreas Giersch, Jens Dobler und Oliver Hoffmann nahmen 29 weitere Vereinsmitglieder daran teil.

Uwe Hundt eröffnete mit einer kurzen Begrüßung die Versammlung und beantragte, den Bericht des

Vertreters der Polizeiakademie zur Zukunft der PhS vorzuziehen, da dieser noch einen Anschlusstermin wahrnehmen musste.

Christian Klann von der PA berichtete zunächst von den bestehenden Raumproblemen. Die Räume am Platz der Luftbrücke sind sanierungsbedürftig, die Keller grundsätzlich nicht zur Einlagerung der teilweise empfindlichen Materialien geeignet. Die Ausstellungsräume umfassen jedoch mehr als 1.000 qm, so dass neue Räume in dieser Grö-

Benordnung nur schwer zu finden sind. Es besteht die Hoffnung, dass die derzeitige Leiterin der Polizeiakademie, Frau Knapp, demnächst in der Direktion 4 in der Gallwitzallee Direktionsleiterin und somit für die Raumvergabe auf dem dortigen Gelände zuständig sein wird. Sie selbst unterstützt, ebenso wie die Behördenleiterin, Frau Dr. Slowik, aber auch der Leiter der Direktion ZS, Herr Kothe, die Suche nach neuen Räumen.

Bis es dazu kommt, wünscht man sich von Seiten der Polizeiakademie zunächst mehr Personal und arbeitet an einer Modernisierung der Dauerausstellung, wobei die Sammlung zu einem „Lernort“ umgestaltet werden soll. Aktuell hemmt der noch nicht beschlossene Haushalt jedoch jegliche Planungen.

Darüber hinaus gab Herr Klann bekannt, dass für die ehrenamtlichen Mitarbeiter der Techniksammlung Arbeits- und Schutzbekleidung dienstlich noch in diesem Jahr beschafft werden soll. An der Bereitstellung einer gemeinsamen repräsentativen Kleidung für alle Mitarbeiter wird derzeit gearbeitet.

Uwe Hundt berichtete anschließend aus dem Vorstand und bat um Einlegung einer Gedenkminute für die verstorbenen Vereinsmitglieder Jürgen Simon, Fritz Lamberz, Christian Menzel und Burkhard von Walsleben.

Er gab einen kurzen Einblick in die Planungen zum Tag der offenen Tür in Ruhleben, die Gespräche mit der Behördenleitung und in der Polizeiakademie sowie Erneuerungsmaßnahmen der Technik am Platz der Luftbrücke. Darüber hinaus wurden Kontakte zum Verein Berliner Unterwelten e. V. aufgenommen, die in eine engere Zusammenarbeit münden sollen.

Bernd Maaß berichtete über Aktivitäten aus Lankwitz, die nach Corona bedingten Ausfällen wieder deutlich zunehmen. So ist in diesem Jahr die Teilnahme an zehn Veranstaltungen bereits geplant.

Reparaturen und Restaurationen an den Fahrzeugen gehen ebenfalls gut voran, der Hanomag wird seine Fahrfähigkeiten in einem Geländetest unter Beweis stellen, der SW1 hat dank guter Kontakte und Un-



Die Mitglieder des Vorstandes im Präsidium. Foto: Bernd Maaß

terstützung durch die Zentralwerkstatt vier neue Reifen bekommen und mit Hilfe der privaten Spende des verstorbenen Kollegen Jörg Ebert konnte ein Krad restauriert werden.

Jens Dobler berichtete von den durch Corona bedingten Schließungen stark zurück gegangenen Besucherzahlen am Platz der Luftbrücke, aber auch von den erfolgreichen Ausstellungen zu „Prokop – Sezierte Wahrheiten“, „100 Jahre Einbruchschutz“, „Polizei und Jüdisches Leben“ sowie der Unterstützung einer Ausstellung in Dresden zum Thema „Glücksspiel“.

Der Nachlass des verstorbenen Polizeipräsidenten Klaus Hübner wurde von dessen Witwe der Sammlung übergeben und wird nunmehr in einer eigenen Vitrine dem Publikum präsentiert.

Darüber hinaus gab es einen umfangreichen Zuwachs aus dem Eigentum des Landes Hessen. Von dort wurde eine komplette Sammlung von Geschwindigkeitsmessgeräten und Verkehrsgeräten, die zunächst noch aufbereitet werden müssen, an die PhS kostenfrei übergeben.

Zuletzt sprach Jens Dobler kurz über seine sehr ernste Erkrankung, die zunächst in eine längere Behandlungsphase mündet und letztendlich dazu führt, dass er wohl die Stelle als Leiter der PhS schweren Herzens aufgeben muss.

Oliver Hoffmann trug als Schatzmeister den Finanzbericht vor, erläuterte dabei insbesondere größere Ausgaben und wurde anschließend, nach positivem Votum durch die Kassenprüfer Nicole Löbus und Karl-Heinz Godolt, von der Mitgliederversammlung einstimmig für das Geschäftsjahr 2021 entlastet.

Unser Vereinsmitglied und seit Jahren Hobbysammler Andreas Skala stellte das von ihm verfasste Buch zur Uniformierung der Berliner Polizei in West- und Ost-Berlin für den Zeitraum 1945 bis 2021 vor. Es ist bei ihm und in der PhS zum Preis von 49,- € erhältlich. Zuletzt ergriff noch einmal Bernd Maaß das Wort und stellte seine persönlichen Gedanken und Pläne

Einladung

zu unserem alljährlichen

Sommerfest nach Lankwitz

für die Zukunft der PhS vor, die er deutlich in einer Zusammenlegung der beiden Teilbereiche und einer umfassenden Erneuerung sieht.

Andreas Giersch



Verlag: Orte der Geschichte
ISBN: 9783946438144

am Donnerstag, den 28. Juli 2022.

Beginn: 16:00 Uhr

Der Vorstand

Ein Berliner Polizist in Bosnien-Herzegowina

Wer genau hinsieht, der trifft gelegentlich einen Kollegen, auf dessen Diensthemd oberhalb des Berliner Polizeiwappens eine kleine Deutschland-Flagge aufgenäht ist. Wenn man danach fragt, erhält man die Antwort: „Ich war im Auslandseinsatz“.

Auf vielen Dienststellen kann man mittlerweile dem Einen oder Anderen begegnen, der an einem Auslandseinsatz teilgenommen hat – aber was genau verbirgt sich dahinter und wie kommt es, dass ein „Landesbeamter“ des Bundeslandes Berlin plötzlich im Kosovo, in Afghanistan oder gar in Afrika seinen Dienst versieht?

Schon immer gab es in der Polizeigeschichte Abordnungen, Gesandte oder Spezialisten, die sich im Ausland mit dortigen Polizeien austauschten, die ihren eigenen Horizont erweiterten oder ihr eigenes



Andreas Giersch in Sarajevo.

Foto: Andreas Giersch

Wissen dort vermittelten. Meist waren dies jedoch Einzelfälle, die sich auf nur wenige Kollegen beschränkten.

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre schlug jedoch für die Berliner Polizei eine neue Stunde. Nachdem das ehemalige Jugoslawien in einem Krieg in eine Vielzahl von Kleinstaaten zerfallen war und sich die dortigen Ethnien voneinander abgrenzten, war internationale Hil-

fe geboten, nicht zuletzt auch deshalb, weil sich das Ganze praktisch vor unserer eigenen Haustür in Europa abspielte.

Zur Unterstützung des Wiederaufbaus und der Herstellung neuer staatlicher Strukturen wurde zunächst in Bosnien-Herzegowina eine umfangreiche internationale Polizeimission unter dem Mandat der Vereinten Nationen aufgebaut. Das Land war quasi zweigeteilt. Während auf der Seite der Föderation sich die Kroaten und die muslimischen Bosniaken den Boden teilten, hatten die Serben mit der Republika Srpska die andere Hälfte des Landes in Besitz genommen. Quer durch das Land verlief eine Grenze, nicht nur sprachlich, sondern auch im sonstigen Alltag. So war offizielles Zahlungsmittel beispielsweise die (bosnische) Konvertible Mark – eine Kunstwährung, deren Wert sich im Verhältnis 1:1 an die Deutsche Mark anlehnte. Diese gab es bei den Scheinen immer in zwei verschiedenen Ausführungen, einmal mit einem kroatischen Motiv und der obenstehenden lateinischen Schrift und auf der serbischen Seite natürlich mit

einem serbischen Motiv und der dort üblichen kyrillischen Schrift obenstehend. Obwohl eigentlich beide gleichwertig waren, wurden auf der jeweiligen Landesseite nur die „eigenen“ Scheine akzeptiert. Parallel dazu wurden jedoch auch noch die Kroatische Währung Kuna und der serbische Dinar als Zahlungsmittel angenommen. Die „echte“ Deutsche Mark ging aber immer, meist auch noch der Dollar.

Um in diesem zerstrittenen und zutiefst von Misstrauen, bis hin zu gegenseitigem Hass geprägten Land schließlich hatte man kurz zuvor noch Krieg gegeneinander geführt und nahezu jeder hatte Angehörige oder Freunde verloren – eine neue, objektive und nach unserem Verständnis demokratische Polizei aufzubauen, brauchte es neben vielem Geld auch internationale Hilfe in Form von Personal.

Deutschland wollte in der internationalen Staatengemeinschaft nicht nachstehen und schnell kam die Zusage, sich am Aufbau und Training der bosnischen Polizei mit mehreren Dutzend Beamten zu beteiligen. Die Aufgaben deutscher Polizisten im Ausland wurden

grundsätzlich zunächst von der Bundespolizei, bzw. dem Bundeskriminalamt, auf Bundesebene wahrgenommen. Die personellen Anforderungen waren in diesem Fall jedoch so hoch, dass der Bund alleine sie nicht mehr stemmen konnte. Hierbei gilt es zu bedenken, dass stets dreimal so viel Personal zur Verfügung stehen muss, wie eingesetzt wird. Das erste Drittel befindet sich in der Ausbildung und Vorbereitung, das zweite im Einsatz und das dritte in der Nachbereitung und Reintegration.

In der Folge erging dann auch an das Land Berlin die Bitte, sich an der internationalen Polizeimission in Bosnien-Herzegowina zu beteiligen und im Schnitt stellte das Land regelmäßig bis zu fünf Beamte ab. Die Abordnung erfolgte aus formalen Gründen zunächst für die be-



Andreas Giersch in Srebrenica.

Foto: Andreas Giersch

rühmte juristische Sekunde zur Bundespolizei und von dort zur eigentlichen Mission.

Die Aufgaben und Befugnisse wurden in einem Mandat zwischen der UN und dem Gastland Bosnien-Herzegowina geregelt. Dazu gehörte z. B., dass der Einsatz grundsätzlich unbewaffnet und ohne eigene hoheitliche Befugnisse durchgeführt wurde, im Gegensatz zu der Mission im Kosovo, wo die Internationale Polizei selbst Festnahmen tätigen konnte und dort auch die Dienstwaffen führte.

Die Unterstützung der bosnischen Polizei war sehr breit gefächert. So wurden beispielsweise Lehrgänge und Kurse durchgeführt und die dort erworbenen Fachkenntnisse dann in gemeinsamen Einsätzen angewandt. Aber auch „eigene“ Ermittlungen, z. B. bei angezeigten Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschenrechte, Überwachung der Einhaltung des ethnisch-neutralen Verhaltens gehörten zu den Aufgaben. Sehr viel wurde auch im praktischen Alltag auf der Basis des „learning-by-doing“-Prinzips umgesetzt.

Darüber hinaus ist auch eine solche Polizeimission hierarchisch strukturiert und von einem ständigen Kommen und Gehen des internationalen Personals geprägt. Ähnlich wie in der Berliner Polizei war das Zuständigkeitsgebiet räumlich in Regionen und Stationen aufgeteilt, dem entsprechend gab es auch Station-Commander (vergleichbar Abschnittsleiter) und Regional-Commander (vergleichbar Direktionsleiter). Über allem schwebte das Mission-Headquarter (vergleichbar dem Polizei-Präsidium). Es gab interne Ausbildungseinrichtungen

und natürlich auch eine nicht zu unterschätzende Administration, allen voran den Head of Finance, der das Missionsbudget verwaltete.

Im Rahmen der eigenen Abordnungszeit konnte man sich, vorausgesetzt man besaß die erforderlichen Qualifikationen und bestand das Auswahlverfahren, auf entsprechende Funktionsstellen bewerben. Die Voraussetzungen zur Teilnahme an einer solchen Polizeimission sind zunächst eine mindestens achtjährige Dienstzeit, sehr gute Englischkenntnisse in Wort und Schrift, persönliche und soziale Kompetenz und die nachgewiesene gesundheitliche Eignung für einen längerfristigen Aufenthalt in dem jeweiligen Einsatzgebiet. Darüber hinaus wird man in mehreren Modulen speziell für den Einsatz im Missionsgebiet vorbereitet.

Wer die Möglichkeit hat, an einer solchen Polizeimission teilzunehmen, den kann ich nur ermutigen. Es ist ein persönlicher Schritt in der beruflichen Entwicklung, den man nicht bereuen wird. Neben dem Blick über den Berliner Tellerrand lernt man interessante Menschen

und Kollegen aus aller Welt kennen und erweitert den eigenen Horizont, Erfahrungen, die einem Niemand mehr nehmen kann.

Und das Fazit? Seit dem schnellen und unrühmlichen Rückzug aus Afghanistan wird oft auch gefragt, was hat es gebracht? Die Antwort ist einfach, man darf und sollte nicht den Maßstab deutschen Han-

delns anlegen, auch kleine Schritte bringen uns weiter und in Bosnien-Herzegowina hat die internationale Gemeinschaft erreicht, dass sich die verschiedenen Ethnien nicht länger bekämpfen und wenn man bei nur wenigen Menschen erreicht hat, dass sie sich gegenseitig wieder achten und respektieren, dann war es das wert.

Andreas Giersch

Blaulichttreffen 2022 auf dem Flugplatz Bienenfarm

Das „Blaulichttreffen 2022“ am 21. Mai war die dritte Veranstaltung dieser Art auf dem Flugplatz Bienenfarm in Paulinenaue. Eine schon im Januar 2022 erfolgte Einladung an die Polizeihistorische Sammlung Berlin, haben wir dankend angenommen.

Nach zwei Jahren Zwangspause, konnten die Besucher in diesem



Unsere Mannschaft vor dem Doppeldecker An-2.

Foto: Bernd Maaß

Jahr wieder das „Rollende Kulturgut“ besichtigen. 7.500 Besucher bewunderten die Schmuckstücke, die auf einer großen Festwiese ausgestellt wurden. Während sich die



Das Team Lankwitz auf dem Flugplatz. Foto: Bernd Maaß

Kinder freuten, auf einem Polizeimotorrad Platz zu nehmen, begutachteten die Eltern unsere Schmuckstücke aus Lankwitz. Natürlich durften die Besucher auch einmal in einem historischen VW-Käfer oder auf dem Mannschaftstransportfahrzeug aus den 1950 Jahren hinter dem Lenkrad Platz nehmen. Die Veranstaltung hatte teilweise Volksfest-Charakter.

Das „dritte Blaulichttreffen“ war aus einer Kooperation zwischen dem Flugplatz-Betreiber und der „European Police Car Unit“ hervorgegangen.

Ein besonderes Highlight für einige mutige Mitarbeiter unserer Truppe war der Rundflug mit einer Anto-

now An-2 über die Märkische Heide, ein im Zweiten Weltkrieg entwickelter einmotoriger ehemaliger sowjetischer Doppeldecker. Das Fahr-

werk erlaubt Starten und Landen auf unbefestigte Flächen. „Ja, das haben wir gemerkt!“ Wir waren aber trotzdem über diese Abwechslung bei sehr windigem Wetter begeistert.

Ein Dank geht an unser Team aus Lankwitz, das durch intensive Vorbereitungen und einer beispielhaften Gemeinschaftsarbeit zum Gelingen dieser Veranstaltung aktiv beigetragen hat.

Teilnehmer: Bernd Maaß, Horst Taube, Gitti Taube, Wolfgang Zbikowski, Detlef Wolff, Bernd Schimanski, Andreas Rhode, Dieter Priemer, Oliver Hofmann

Bernd Maaß

UNSER THEMA:

Historische Entwicklung der Berliner Polizeireviere

Noch Anfang des 20. Jahrhunderts gab es in Berlin immens viele Polizeireviere. Diese waren in der ganzen Stadt verteilt, um den Bürgern kurze Wege zur Polizei zu ermöglichen. Am 1. April 1928 hatte Berlin 4.262.000 Einwohner. Nach der 3. Polizeireform betrug die Stärke der Polizei Berlin im gleichen Zeitraum 19.868 Mann, davon waren allein in der Schutzpolizei 14.700 Polizisten tätig. Gemäß der Berliner Verwaltungsstruktur existierte in jedem Bezirk der Hauptstadt je ein Polizeiamt. Insgesamt gab es 20 davon.

Das Kommando der Schutzpolizei gliederte sich in 6 Polizeigruppen: Mitte, West, Ost, Nord, Süd und Südost. Denen waren 24 Berliner Polizei-Inspektionen nachgeordnet, die sich insgesamt in 162 Polizeireviere (allein in Berlin-Mitte gab es davon neun) aufteilten.

Diese hohe Anzahl von Polizeidienststellen wäre heute undenk-

bar. In der Weimarer Republik wollte die Polizei gut sichtbar sein, Bürgeranliegen schnell aufgreifen und lösen. Daher waren die Polizeireviere sehr engmaschig verteilt und gut zu Fuß erreichbar. Vielerorts waren die Reviere im jeweiligen Wohn-Kiez in Mehrfamilienhäusern meist in der 1. Etage untergebracht. Eigene Reviergebäude gab es kaum.

Die enorme Polizeidichte hatte auch damit zu tun, dass die Polizeistreifen vor allem zu Fuß absolviert wurden und die einzelnen Streifenwachtmeister sich untereinander mit der Trillerpfeife benachrichtigen mussten.

Funkgeräte standen ihnen ja nicht zur Verfügung. An Funkwagen war in jener Zeit erst recht nicht zu denken. Unter diesen Voraussetzungen wurde damals auf den Berliner Straßen durch Fußstreifen eine hohe Polizeipräsenz erreicht, die das

Sicherheitsgefühl der Berliner und ihrer Gäste bestärkte.

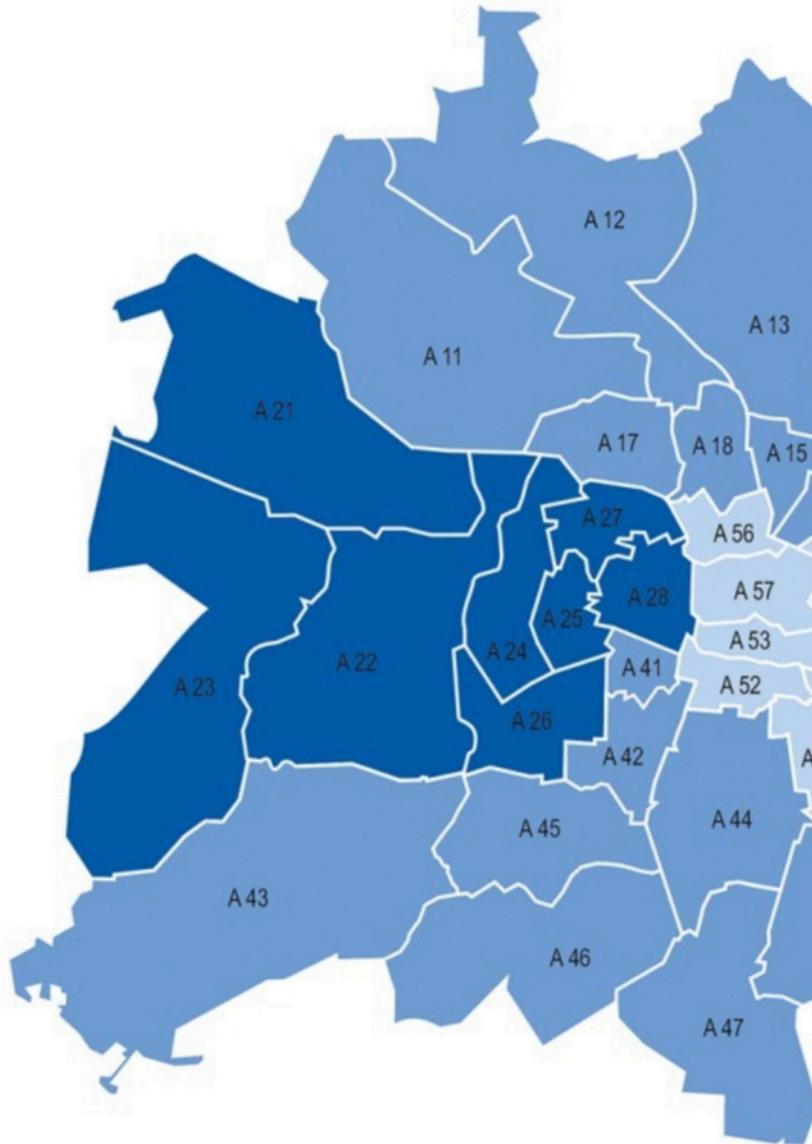
Wenn man bedenkt, dass in jener Zeit zusätzlich zu den 162 Polizeirevieren dem Polizeipräsidenten noch 36 Bezirkswachen, 10 Bahnhofswachen, 16 Überfallkommandos und etliche Polizeibereitschaften zu Fuß oder beritten sowie Landposten zur Verfügung standen, dann gab es eine sehr beachtliche Polizeidichte in der ganzen Stadt. Die Polizei gehörte damit untrennbar zum Straßenbild und konnte in der Regel „vor Ort“ schnell einschreiten, falls das erforderlich wurde.

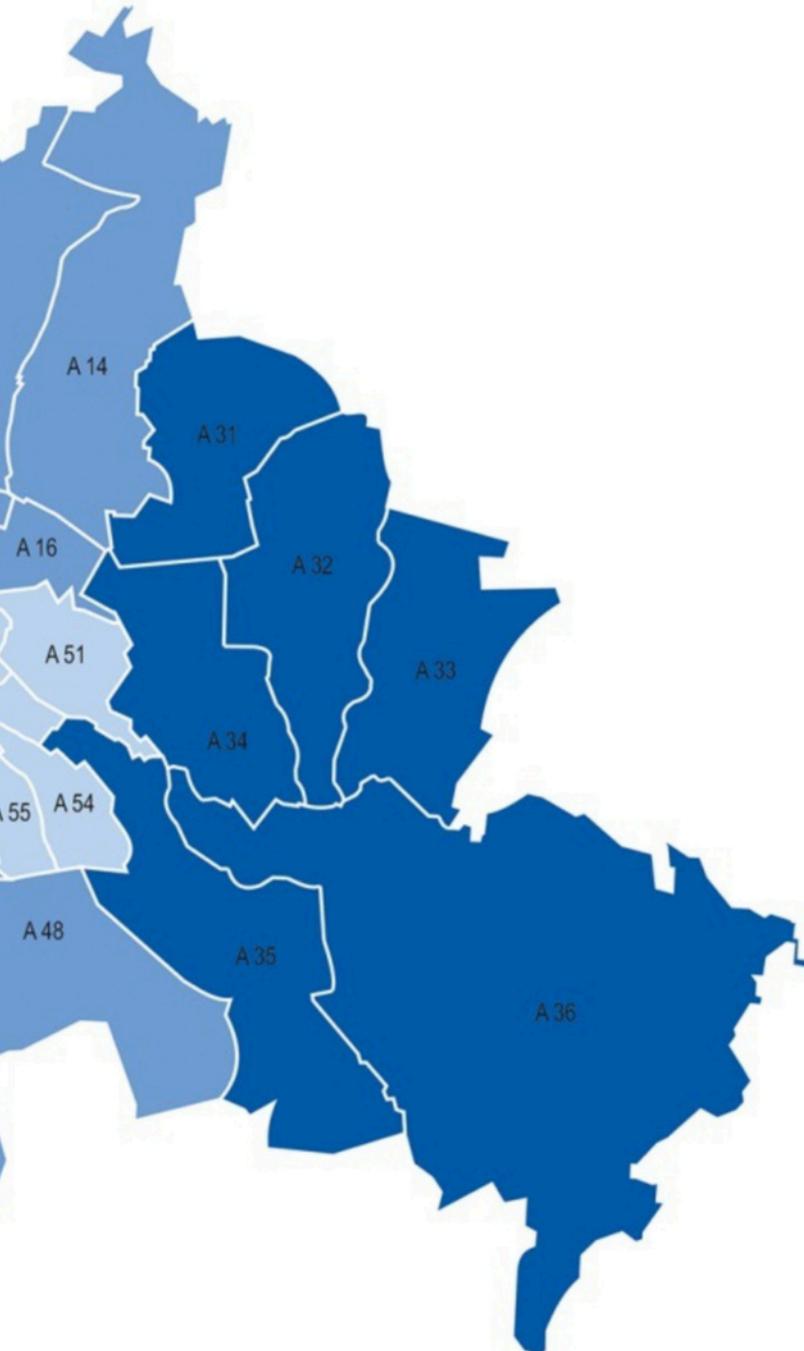
In der Zeit des Nationalsozialismus wurde an dieser Polizeistruktur wenig verändert. Aufgrund der Tatsache, dass die Polizei dem Reichsführer SS, Heinrich Himmler, unterstellt wurde, wandelte sich vor allem der Inhalt der unmittelbaren Polizeiarbeit. Die Struktur der Polizei Berlin in Inspektionen und Reviere blieb jedoch erhalten. Das hatte mit dem repressiven Charakter der Polizei und ihrer Gleichschaltung mit den anderen Sicherheitsdiensten, wie der Gestapo und dem SD, zu tun, das Volk unter

Kontrolle zu halten. Viele loyale Polizisten mussten sich dem politischen Willen ihrer neuen Dienstherren unterwerfen und wurden nationalsozialistisch indoktriniert.

Nach der Kapitulation des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht in Berlin-Karlshorst am 8. Mai 1945 gehörte auch die bisherige Polizeiorganisation in Berlin der Vergangenheit an. Daraufhin wurde durch den damaligen Gesamtberliner Polizeipräsidenten, Paul Markgraf, nach den Grundzügen der Polizeistruktur der Weimarer Zeit die Polizei in Berlin wieder aufgebaut.

Die Struktur in Polizeiinspektionen und Polizeirevieren blieb nach 1945 erhalten. Dabei musste allerdings aufgrund der Kriegsschäden und wegen Personalmangels auf das eine, wie das andere Revier verzichtet werden. Es kann schätzungsweise von einem Verlust an Polizeiunterkünften von ca. 30 -40 Prozent ausgegangen werden, die zerstört und unbenutzbar waren. Daher konnten nicht in jedem Bezirk die notwendigen Polizeireviere, wie ursprünglich gedacht, bezogen wer-





den. Allein die vielen Ortswechsel des Polizeipräsidiums in jener Zeit zeugen von den materiell-technischen Schwierigkeiten, geeignete Immobilien zu finden und diese bezugsfertig zu machen.

Eine weitere Tendenz hatte Einfluss auf die Polizeitaktik und Dislozierung der Schutzpolizei. Mit zunehmender Motorisierung und vervollkommnung der Funktechnik verbesserten sich die Reichweiten der Funkwagen und damit das Wirkungsfeld der Schutzpolizisten. Sie waren schneller am Tat- bzw. Ereignisort und mussten nicht mehr alles zu Fuß erledigen. Dadurch konnten auch Personal eingespart und Kosten gesenkt werden. Diese technischen Errungenschaften veranlassten die Polizeiführungen im West- und Ostteil Berlins zwangsläufig zu neuen Überlegungen über die Anzahl und Verteilung der Polizeireviere.

In West-Berlin wurde in den 1970er Jahren nach dem Schweizer Modell eine

grundlegend neue Polizeistruktur eingeführt, die den Einzeldienst stark veränderte. Anstelle der zwölf Polizeiinspektionen wurden fünf Polizeidirektionen eingeführt. Aus den bis dahin bestehenden 112 Polizeireviere wurden 31 Polizeiabschnitte gebildet. Das Personal musste entsprechend dem ermittelten Arbeitsanfall umverteilt werden. Der gesamte Unterbau der Landespolizeidirektion, der in Kriminal- und Schutzpolizei als aktiver Vollzugsdienst zusammengefasst



**Revier 1, Mitte, Friedrichstraße/
Ecke Französische Straße. Foto: PhS**

war, hatte nunmehr neue Möglichkeiten. 140 Funkwagen konnten Tag und Nacht eingesetzt werden. Um den Bürgern weiter nahe zu sein, wurde der Einzeldienst neu geregelt. Der bei den Revieren bestehende Sektionsdienst wurde aufgelöst und durch Kontaktbereichsbeamte ersetzt. 722 Kontaktbereiche wurden von den neuen Polizei-

abschnitten betreut. Die personell größeren Polizeiabschnitte wurden teilweise in attraktiveren, größeren Gebäuden untergebracht, die den Erwartungen besser entsprachen. Damit konnte zwar die Leitungsstruktur vereinfacht werden, aber die Erreichbarkeit in den Wohngebieten verringerte sich.

In der Berliner Volkspolizei kam es ebenfalls schon in den 1970er Jahren nach und nach zur Zusammenlegung kleinerer VP-Revier zu sogenannten Großraumrevieren. In Berlin-Mitte wurde beispielsweise aus dem VPR-1 (Friedrichstr.) und



Revier 213, Neukölln, Herrmannstraße 257.

Foto: PhS

dem VPR-12 (Inselstr.) das neue VPR-11 in der Jägerstraße gebildet. So entstand auch das neue VPR 12 (Brunnenstr.), das aus dem VPR 4 (Chausseestr.) und dem VPR 14 (heute Abschnitt 56) hervorging. Das Revier 5 (Münzstr.) wurde in das Revier 6 (Keibelstr.) integriert. In anderen Bezirken wurden kleinere Revier in Wachen zurück gestuft, die wiederum größeren VP-Revieren unterstellt wurden. Diese Entwicklung hatte oftmals neben dem Einsparungspotential im West- und Ostteil Berlins damit zu tun, dass die Funkwagen und Kräder sowie andere Technik schlecht unterzustellen

waren, wenn die Polizeigebäude keine Innenhöfe bzw. nicht die genügende Anzahl an Stellflächen hatten.

Dieser Konzentrationsprozess hatte jedoch zugleich negative Auswirkungen

auf die Polizeipräsenz in beiden Teilen der Stadt. Deshalb wurde z. B. durch den VP-Präsidenten u. a. die taktische Anweisung „Fahren – Halten – Gehen!“ befohlen, um den Kontakt zur Bevölkerung zu begünstigen. Die Sichtbarkeit der Polizei sollte in Ostberlin auch dadurch verbessert werden, dass alle Polizeiangehörigen auf den Hin- und Rückwegen zum Dienst ihre Uniform in der Öffentlichkeit zu tragen hatten.

In den 1980er Jahren gab es bei der Volkspolizei in Ostberlin noch 11 VP-Inspektionen und 27 Reviere, das TPA Berlin mit vier Trapo-Revieren und das Wachkommando Missionschutz mit vier Wachen, die alle zur Schutzpolizei gehörten.



Revier 107, Kreuzberg, Kottbusser Straße 1-3.
Foto: PhS

Für sie wurde im Zusammenhang mit der 750-Jahr-Feier Berlins ab 1985 ein gewaltiges Modernisierungsprogramm des Staates in Millionenhöhe aufgelegt, damit alle VP-Reviere baulich auf den neuesten Stand gebracht werden konnten. Die alten Revierstrukturen blieben dort bis zum 1. Febr. 1988 mit ihrer ursprünglichen Nummerierung weitgehend bestehen, danach wurden diese in jeder VP-Inspektion mit neuen Ziffern weiter geführt.

Nach der Herstellung der Einheit Deutschlands und der Eingliederung von ehemaligen Volkspolizisten in die Gesamtberliner Polizei im Jahre 1990 wurden auch in den östlichen

Bezirken Berlins Polizei-Direktionen und -Abschnitte eingeführt. Das führte dazu, dass alle VP-Inspektionen schließen mussten und von den 27 übernommenen VP-Revieren zeitweise nur noch 19 übrig blieben, die in Polizeiabschnitte umgewandelt wurden. Das hatte schlagartig zur Folge, dass auch in Ost-Berlin verlängerte Wege

zu den Polizeidienststellen entstanden. Außerdem sind die ABV-Dienstzimmer weggefallen. Im Schnitt gab es danach in jedem östlichen Bezirk Berlins ab 1990 nur noch je zwei Polizeiabschnitte. Die Abschnitte wurden den angepassten fünf örtlichen Polizeidirektionen zugeordnet.

Das resultierte aus der letzten tiefgreifenden Strukturveränderung in der Hauptstadt am 1. Februar 2020 mit der Einführung der Landespolizeidirektion, die in fünf örtliche Direktionen und die Direktion Einsatz/Verkehr gegliedert ist. Dadurch verringerte sich die Anzahl der Polizei-



Revier 252, Lichtenberg, Möllendorffstr. 53-54
Foto: PhS

abschnitte in der gesamten Stadt auf aktuell 37 (siehe Schema auf den Mittelseiten). Das ist gegen über dem Ausgangswert von 1926 eine verschwindend geringe Zahl an polizeilichen Basisdienststellen, die dem Polizeipräsidenten augenblicklich noch zur Verfügung steht.

Es bleibt abzuwarten, wie sich diese extrem stark reduzierte Polizeistruktur auf Dauer in der Praxis bewährt und den zukünftigen Anforderungen gerecht wird.

Bernd Maaß, Hans-Jürgen Gräfe

Schönhauser Allee Nr. 22

In dem repräsentativen Backsteinbau, Schönhauser Allee 22, hatte ein Teil der Berliner Polizei 65 Jahre lang ihr Domizil. Nach 1945 zogen dort die VP-Inspektion Prenzlauer Berg und das VP-Revier 64 ein, die bis 1990 in diesem markanten Gebäude verblieben. Nach der

Übernahme dieses Objektes durch die Polizei Berlin entstand an diesem Ort der Polizeiabschnitt 76, der bis zum Jahr 2010 existierte. In den letzten Jahren sind darin Eigentumswohnungen entstanden.

Doch der Reihe nach. Das besagte Gebäude hat eine lange wechselvolle Geschichte aufzuweisen, die nicht nur für Polizeihistoriker interessant sein dürfte.

Im Jahr 1883 ließen Berta und Moritz Manheimer, ein erfolgreicher



Schönhauser Alle 22.

Foto: PhS

Konfektionsfabrikant und wohlthätiger Stifter, diesen bemerkenswerten Bau im Auftrag der Jüdischen Gemeinde Berlin als Altersheim errichten, das bis 1944 zu diesem Zweck genutzt wurde. Offiziell hieß diese Einrichtung 2. Altersversorgungsanstalt der Jüdischen Gemeinde Berlin, in dem bis zu 80 Frauen und Männer untergebracht waren. Um die Aufnahmekapazität zu erhöhen, sind zusätzlich bis zum Jahr 1892 zwei Anbauten hinzugefügt worden.

1944 wurde die Jüdische Gemeinde Berlin von der NS-Regierung enteignet. Die jüdischen Bewohner dieses Heims sind nach und nach in Konzentrationslager deportiert worden. Bereits am 17.08.1942 sind die ersten Bewohner dem Vernichtungswahn der Nazis zum Opfer gefallen, nach Theresienstadt verbracht und später ermordet worden. Das danach leer stehende Haus wurde anschließend als Internierungslager für ukrainische Zwangsarbeiter genutzt. Auch Teile der Organisation Todt sollen dort zeitweise gearbeitet haben.

Nach dem II. Weltkrieg bezog die Berliner Polizei dieses gut erhaltene Gebäude. Im Erdgeschoss über dem Hochkeller (mit drei vergitterten Ausnüchterungs- bzw. Gewahrsamszellen) war jahrelang das VP-Revier 64 untergebracht, das später in VPR 41 umbenannt wurde. In allen darüber befindlichen Etagen residierte von 1945 bis 1990 die VP-Inspektion Prenzlauer Berg. Im ganz unten befindlichen Tiefkeller dieses Gebäudes waren Schutzräume vorhanden, die in Krisen- oder Kriegzeiten für eine gewisse Zeit das Weiterarbeiten ermöglichen sollten. Im

Hof dieses Gebäudekomplexes befand und befindet sich noch heute ein Jüdischer Friedhof.

Als 1990 das Eigentum der Berliner Volkspolizei in die Gesamtberliner Polizei einging, hat der damalige Polizeipräsident Georg Schertz in diesem Gebäude den Polizeiabschnitt 76 errichten lassen. Bis zum Jahr 2010 haben die Polizeiangehörigen dieses Abschnitts von dort aus im Bezirk Prenzlauer Berg ihre Dienstpflichten erfüllt.

Parallel gab es in den 1990er Jahren seitens der Jüdischen Gemeinde Berlin intensive Bemühungen zur Rückübertragung dieses Gebäudes in ihr Eigentum. Nach langem Restitutionsverfahren erhielt schließlich die Jüdische Gemeinde Berlin diese Immobilie zurück. Diese verkaufte das Objekt im Jahr 2010 an die Primus Immobilien AG, um dort Eigentumswohnungen zu errichten. Mehr als 10 Mio € sind nach meinen Kenntnissen dazu investiert worden.

Heute erinnert eine Stele auf dem U-Bahn-Mittelstreifen gegenüber der Schönhauser Allee 22 an die denkwürdige Geschichte dieses

Backsteinbaus. Auch die Polizeihistorische Sammlung Berlin und unser Förderkreis sollten dieses Objekt bei ihrer historischen Arbeit weiter im Auge behalten. Immerhin gehört

dieser Bau zu den ältesten Standorten der Polizei Berlin und ist daher weiterhin für die Erforschung der Polizeigeschichte interessant.

Hans-Jürgen Gräfe

Die letzte Predigt in Berlin

Nikolaus von Bernau (Geburtsjahr unbekannt, sicher aber Ende des 13. Jahrhunderts geboren) war ein deutscher Geistlicher und Probst von Bernau. 1324 oder 1325 wurde er in Berlin von einer Menschenmenge erschlagen.

Berlin/Cölln, seit 1307 unter gemeinsamer Verwaltung und die bedeutendste Stadt in der Mark, wurde zum Austragungsort für eine Fehde zwischen Kaiser und Papst.

Probst Nikolaus gehörte zu den einflussreichsten Geistlichen in der Mark Brandenburg. Er hatte sich in der Stadt unbeliebt gemacht, weil er die ohnehin arme Bevölkerung zusätzlich zum Kirchenzehnt zu weiteren Spenden aufforderte und vor Beschimpfungen und Beleidigungen nicht zurückschreckte. Er hatte sich auf die Seite des



Sühnekreuz vor der Marienkirche.

Foto: PhS

Papstes Johannes XXII. gestellt und gegen König Ludwig den Bayern. Der Papst erklärte dessen Königswahl für ungültig und verhängte den Kirchenbann. Außerdem wurde der polnische König Wladislaw mit einer Strafexpedition gegen die Neumark beauftragt. Dieser Auftrag ist ihm vom Lebusener Bischof überbracht worden, in dessen Begleitung sich Probst Nikolaus befand. Polnische Heere zündeten Dörfer und Städte in der Neumark an, Menschen wurden getötet und das Vieh geraubt. Viele Neumärker flohen und etwa 1.000 von ihnen sollen in Berlin Schutz gefunden haben.

Vermutlich am Markttag den 16. August 1324 oder 1325 predigte Probst Nikolaus in Berlin vor Einheimischen und Flüchtlingen aus der Neumark. Seine Predigt wurde durch Zwischenrufe und Beschimpfungen unterbrochen. Nach seiner Predigt stellte er sich der aufgebrachten Menschenmenge vor der Kirchentür und rechtfertigte die päpstliche Strafaktion. Daraufhin wurde er niedergebrüllt und auf ihn mit Fäusten und Knüppeln eingeschlagen bis er tot am Boden lag.

Auf einem schnell errichteten Scheiterhaufen wurde sein Leichnam verbrannt.

Der Papst richtete daraufhin seine Strafen gegen die Doppelstadt Berlin/Cölln: das kirchliche Leben wurde eingestellt, Eheschließungen, Taufen, Sakramente wurden verboten und die Bewohner wurden für vogelfrei erklärt. Um weiter Spenden zu bekommen, galt dieses nicht für die beiden Bettelorden Dominikaner in Cölln und Franziskaner in Berlin. Dieser Zustand, bei dem der städtische Handel zusammenbrach, dauerte bis 1345. Unter dem neuen Papst Clemens VI. musste die Stadt für eine Aussöhnung einen hohen Preis bezahlen und für St. Marien einen neuen Altar errichten. Der Bischof von Brandenburg erhielt 850 Mark in Silber und die Probstei in Bernau erhielt jährlich eine „Sühnepfennig“ zum Kauf von Kerzen. Außerdem musste am Ort der Tat an der heutigen Spandauer Straße ein Sühnekreuz errichtet werden, zuerst aus Holz, später aus Stein, das in der Nacht beleuchtet sein musste. Das weiße Sühnekreuz für Propst Nikolaus von Bernau wurde 1727 wegen

Bauarbeiten umgesetzt und befindet sich heute noch neben dem Haupteingang der Berliner Marienkirche. Die Bohrlöcher für die Beleuchtung sind immer noch sichtbar.

Der bekannte Kriminalautor Horst Bosetzky griff dieses Geschehen auf und benutzte sie als wichtige Szene in seinem Historienroman „Im Unterholz“.

Wolfgang Lebe

Antiterrorkräfte in der Volkspolizei

Auch in der DDR hatte man aus der blutigen Geiselnahme der israelischen Olympiamannschaft am 5. September 1972 in München Schlussfolgerungen gezogen, um auf die Bewältigung möglicher terroristischer Anschläge vorbereitet zu sein. Gerade weil ein Jahr später in Ost-Berlin die Weltfestspiele der Jugend und Studenten mit Tausenden ausländischen Gästen stattfinden sollten, mussten in jener Zeit die Sicherheitsorgane der DDR Vorkehrungen treffen, damit bei diesem Ereignis Gewaltakte jeder Art vermieden bzw. wirksam bekämpft werden konnten, was auch gelang.

Aus diesem Grunde hatte der Minister des Innern und Chef der DVP im November 1972 angewiesen, in der Hauptabteilung Kriminalpolizei des MdI eine Spezialeinheit zu gründen,

die in der Lage sein sollte, auf derartige bedrohliche Lagen angemessen zu reagieren. Dafür wurden vor allem sportlich gestählte Männer gesucht, die Nahkampftechniken beherrschten, ausreichende Fähigkeiten in der Waffen- und Sprengtechnik nachweisen konnten und über anderes Spezialwissen verfügten. In den Basdorfer VP-Bereitschaften wurden die Gründer der Antiterrorereinheit des MdI fündig und haben dort bis Ende Dezember 1972 fünf junge Offiziere ausgesucht, die die gestellten Anforderungen erfüllten. Sie traten im Januar 1973 ihren Dienst in der Berliner Mauerstraße an und gehörten ab diesem Zeitpunkt zum „Referat 7“, wie die neu gegründete Spezialeinheit anfangs genannt wurde.

Dem „Referat 7“ (später „Referat 9“) gehörten ein Referatsleiter, zwei

Einsatzleiter, vier Offiziere und zwei Kraftfahrer an. Es unterstand direkt dem Leiter der Hauptabteilung Kriminalpolizei.

Aufgrund strengster Verschwiegenheit wurde der Dienst ausschließlich in Zivil durchgeführt. Zu Ausbildungsmaßnahmen wurde auf den dafür vorgesehenen Plätzen u. a. die spezielle Einsatzbekleidung aus Beständen der Fallschirmjäger der NVA getragen. Die Ausbildungsobjekte mussten geheim bleiben. Später wurde bekannt, dass in den 1980er Jahren die „Dienststeinheit IX“, wie die Antiterrorereinheit später hieß, eine Zeit lang in der Pankower Grumkowskistraße untergebracht war. Ende der 1970er Jahre wurde auf dem Truppenübungsplatz der „Kasernierten Einheiten des MDI“ in Belzig (Brandenburg) für derartige Spezialkräfte der DVP eine gesonderte Ausbildungsbasis geschaffen.

Ab 1974 sind in acht Bezirken der DDR weitere dezentrale Spezialein-



Kleinst- MPi PM-63.

Foto: Christian Hellwig

satzkkräfte zur Terrorbekämpfung und Geiselbefreiung aufgestellt worden, die als sog. Dienststeinheiten IX mit einer Stärke von je 10 Mann innerhalb der Bezirksbehörden der Volkspolizei für die Be-



DE IX in den Bezirken. EinsExtra- Dokumentation „Das unsichtbare Kommando“ am 29.07.2007



Scharfschützengewehr Dragunow. Foto: Christian Hellwig

kämpfung von örtlichen Gewaltakten vorgesehen waren. Für alle Diensteinheiten wurde einheitlich ein gesondertes Ausbildungsprogramm erstellt, dass die Kämpfer in die Lage versetzte, jeden Einsatz mit den bereitgestellten Waffen und ihrer Sonderausrüstung im Zusammenwirken mit der Feuerwehr, der Hubschrauberstaffel des MdI und anderen Kräften zu erfüllen.

Für sie wurde festgelegt, dass die Ausrüstung und Bewaffnung der „Diensteinheiten IX“ der DVP dem neuesten Stand der internationalen Erfahrungen zu entsprechen hatte. Dafür wurden u. a. auf die aus der VR Polen bereits eingeführte Kleinst-MPi PM-63 mit dem Kaliber 9,02 mm zurückgegriffen und Waffen aus dem westlichen Ausland besorgt. So z. B. die schallgedämpfte MPi 5-SD3 von Heckler & Koch. Die meisten Waffen stammten aller-

dings aus sowjetischer Produktion, wie z. B. das Scharfschützengewehr Dragunow, die MPi AK-47



DE IX. Foto: Mario Liebsch, Lübben (<http://www.tierfreunde-luebben.de>)

KmS und strukturmäßige Pistole Makarow. Auch ein speziell entwickeltes Kampfmesser und schuss-sichere Bekleidung gehörten dazu. Einsatzgruppen dieser Antiterror-einheiten hatten in der Regel eine Stärke von 1:4, konnten aber auch zusammen mit anderen taktischen Einheiten in größerem Verbund handeln.

Im Laufe der Jahre wurden die spezifischen personellen und materiel-len Voraussetzungen für die Terrorbekämpfung Schritt für Schritt verbessert und weiter ausgebaut. Im Februar 1980 wurde die zentrale „Diensteinheit IX“ des MdI für zwei Jahre der Hauptabteilung Be-



Angehöriger der DE IX Potsdam. EinsExtra-Dokumentation „Das unsichtbare Kommando“ am 29.07.2007

reitschaften angegliedert, die mit ihren Möglichkeiten neue Fähigkeiten vermitteln und die Schlagkraft erhöhen konnte. Ab 1980 wurde die Stärke der Spezialeinheit auf 43 Mann erhöht. Es gab ab diesem Zeitpunkt einen Abteilungsleiter, das Referat 1 (Führung und Ausbildung), Referat 2 (Zwei Einsatzgruppen Nahkämpfer und zwei Einsatzgruppen Präzisionsschützen mit einer Stärke von je 1:4) sowie das Sachgebiet Versorgung. Das förderte die ständige Einsatzbereitschaft und Leistungsstärke deutlich und befähigte die Spezialkräfte, auch überörtlich eingesetzt zu werden, obwohl sie hauptsächlich für die Territorien des Präsidiums der

Volkspolizei Berlin und der BDVP Frankfurt (Oder) vorgesehen waren.

Um noch effektiver wirken zu können, wurde die „Diensteinheit IX“ des MdI endgültig ab 1982 dem Stellvertreter des Ministers und Chef des Stabes unterstellt. In den Bezirken unterstanden diese Einheiten un-

mittelbar dem jeweiligen Chef der BdVP. Zu ihnen gehörten inzwischen neben ehemaligen Bereitschafts- und Schutzpolizisten auch Kriminalisten mit verbesserter Ausrüstung.

In den Jahren 1973 bis 1990 sind die Antiterrorereinheiten der DDR zu unterschiedlichen polizeilichen Einsätzen herangezogen worden. Bei Großveranstaltungen bzw. Besuchen ausländischer Staatsgäste und anderen Anlässen waren ihre Fähigkeiten oft sehr gefragt. Auch beim Einsatz im April 1990 gegen Neonazis in Berlin-Lichtenberg war die „Diensteinheit IX“ des MdI dabei. Sie konnte 1990 enttarnte RAF-Mitglieder in Berlin festnehmen und war an der Transportsicherung der D-Mark, die im Juli 1990 von der BRD in die noch bestehende DDR überführt werden musste, beteiligt. Auch die Begleitung Erich Honeckers aus seiner isolierten Unterkunft von Lobetal nach Belzig wurde der „Diensteinheit IX“ übertragen.

Neben diesen Antiterrorereinheiten gab es in den „Kasernierten Einheiten des MdI“ die „9. VP-Kompa-

nie“ in Potsdam. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) verfügte zentral und in den Bezirken unabhängig vom MdI ebenfalls über Antiterrorereinheiten.

Diese nebeneinander bestehenden Strukturen wurden am Ende der DDR den Polizeieinheiten fast zum Verhängnis. Im Zuge der Auflösung des MfS hatte der damalige Innenminister Dr. Peter Michael Diestel entschieden, eine etwa 150 Mann starke Antiterrorereinheit des MfS in die „Diensteinheit IX“ des MdI einzugliedern, damit ihre besonderen Fähigkeiten nicht verloren gingen. Durch diese Personalvermischung wurde jedoch die Zukunft der bisherigen Polizeieinheit in Frage gestellt, weil die Angehörigen beider Einheiten moralisch in einen Topf geworfen und für ihre angeblich hohe Staatsnähe gleichermaßen diffamiert wurden. Gesetzesverletzungen konnten jedoch Niemandem von ihnen nachgewiesen werden. Daher wurde erst einmal am 3. Oktober 1990 der gesamte erweiterte Personalbestand als SEK I vom Bundesland Sachsen-Anhalt übernommen. Es ist nichts darüber bekannt, ob die in jener Zeit enorm aufgestockte Antiterrorereinheit

des ehemaligen MdI der DDR von diesem Bundesland dauerhaft unterhalten werden konnte. Das Land Brandenburg übernahm die DE IX des Bezirks Potsdam für ihre SEK.

Es bleibt die Erkenntnis, dass aufgrund gewachsener asymmetrischer Gefahren in der heutigen Welt Antiterrorereinheiten in allen Staaten unverzichtbar sind. In Berlin-Ahrens-

felde ist in heutiger Zeit eine Beweissicherungs- und Festnahme-Einheit (BFE+) der Bundespolizei zum selbständigen Einsatz und zur Unterstützung der GSG-9 stationiert. Die Polizei Berlin verfügt in den Referaten K der fünf örtlichen Polizeidirektionen über MEK und im LKA über ein SEK.

Hans-Jürgen Gräfe

Prominenter Besuch

„Begleitet von einem ARD-Fernsehteam besuchte am 18. Februar 2022 der Sänger René Kollo (links im Bild) die Polizeihistorische Sammlung. An seiner Seite war der Opernsänger Jay Alexander“ . (rechts im Bild).

Jens Dobler



BERLINER STADTANSICHTEN



*Neu eröffneter U-Bahnhof
„ROTES RATHAUS“
Foto: Polizeihistorische Sammlung*

Impressum: Herausgeber: Förderkreis Polizeihistorische Sammlung Berlin e.V., Platz der Luftbrücke 6, 12101 Berlin-Tempelhof; Telefon (030) 46 64 761 450; verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes Uwe Hundt · Redaktionsteam Dr. Jens Dobler, Dr. Bärbel Fest, Hans-Jürgen Gräfe, Wolfram Kempe · Bernd Maaß · Grafische Gestaltung Wolfram Kempe.

»Der Berliner Polizeihistoriker« ist das offizielle Organ des Förderkreises Polizeihistorische Sammlung Berlin e.V.; Eigendruck im Selbstverlag. Erscheinungsweise mehrmals im Jahr. Beiträge, die mit Namen versehen sind, müssen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet, Beleg erbeten. ISSN 16198336

Der Förderkreis Polizeihistorische Sammlung Berlin e.V. lebt von der ehrenamtlichen und freiwilligen Tätigkeit seiner Mitglieder sowie von Spenden und Zuwendungen. Bankverbindung für Beiträge und Spenden: Berliner Sparkasse, IBAN: DE43 1005 0000 0190 8946 01